

**Dies ist eine unverbindliche Darstellung der eForms-formatierten  
Bekanntmachung.**

**Die Darstellung beruht auf der verwendeten eForms-Version *eforms-de-2.1***

## **1 Beschaffer**

### **1.1 Beschaffer**

**Offizielle Bezeichnung:** Samtgemeinde Nord-Elm

**Art des öffentlichen Auftraggebers:** *Kommunalbehörden*

**Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers:** *Allgemeine öffentliche Verwaltung*

## **2 Verfahren**

### **2.1 Verfahren**

**Titel:** Ersatzneubau der Sporthalle in Warberg in Süplingen in der Samtgemeinde Nord-Elm -  
Sanitärtechnik

**Beschreibung:** Die Samtgemeinde Nord-Elm beabsichtigt den Ersatzneubau einer Sporthalle in der Gemeinde Warberg.

**Kennung des Verfahrens:** e3e5a85c-fe74-4212-a3ba-d96ed33a45ab

**Interne Kennung:** V-71-2026-NE

**Verfahrensart:** *Offenes Verfahren*

**Beschleunigtes Verfahren:** nein

#### **2.1.1 Zweck**

**Art des Auftrags:** *Bauleistung*

**Hauptklassifizierungscode (cpv):** 45331000 *Installation von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage*

#### **2.1.2 Erfüllungsort**

**Ort:** Warberg

**Postleitzahl:** 38378

**NUTS-3-Code:** *Helmstedt (DE917)*



**Land:** *Deutschland*

### 2.1.3 Wert

**Geschätzter Wert ohne MwSt.:** 274.114,5 Euro

### 2.1.4 Allgemeine Informationen

**Rechtsgrundlage:**

*Richtlinie 2014/24/EU*

vob-a-eu -

### 2.1.6 Ausschlussgründe

**Quellen der Ausschlussgründe:** *Bekanntmachung*

*Bildung krimineller Vereinigungen:* Bildung krimineller Vereinigungen: § 6e EU Abs. 1 Nr. 1 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland).

*Bildung terroristischer Vereinigungen:* § 6e EU Abs. 1 Nr. 1 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland).

*Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:* § 6e EU Abs. 1 Nr. 2 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen. § 6e EU Abs. 1 Nr. 3 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: § 261 StGB (Geldwäsche; § 6e EU Abs. 1 Nr. 2 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder



teilweise

dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine nach § 89a Absatz 2 Nummer

2 StGB zu begehen. § 6e EU Abs. 1 Nr. 3 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat

nach: § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte) Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte).

*Betrug oder Subventionsbetrug:* § 6e EU Abs. 1 Nr. 4 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: § 263 StGB

(Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet

werden. § 6e EU Abs. 1 Nr. 5 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: §

264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen

Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden.

*Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung:* § 6e EU Abs. 1 Nr. 6 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: § 299 StGB

(Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b StGB

(Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen). § 6e EU Abs. 1 Nr. 7 VOB/A:

Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung

von Mandatsträgern). § 6e EU Abs. 1 Nr. 8 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat

nach: den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in

Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete). § 6e EU

Abs. 1 Nr. 9 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: Artikel 2 § 2 des

Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter

im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr).

*Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung:* § 6e EU Abs. 1 Nr. 10 VOB/A: Ausschlussgründe wegen einer Straftat nach: den §§ 232,

232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a StGB (Menschenhandel, Zwangsprostitution,

Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).



*Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben:* § 6e EU Abs. 4 EU VOB/A: 1Der öffentliche Auftraggeber schließt ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn 1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen

zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen

ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung

festgestellt wurde, oder 2. der öffentliche Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise

die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen kann. 2Satz 1 findet keine

Anwendung, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass

die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur

Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet

hat.

*Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen:* § 6e EU Abs. 4 EU VOB/A: 1Der öffentliche Auftraggeber schließt ein Unternehmen von

der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn 1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen

zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen

ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung

festgestellt wurde, oder 2. der öffentliche Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise

die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen kann. 2Satz 1 findet keine

Anwendung, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass

es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge

zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet

hat.

*Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:* § 6e EU Abs. 6 Nr. 1 VOB/A:

Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung

des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens

von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn das Unternehmen bei



der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat.

*Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:* § 6e EU Abs. 6 Nr. 1 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat.

*Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:* § 6e EU Abs. 6 Nr. 1 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat.

*Zahlungsunfähigkeit:* Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

*Insolvenz:* § 6e EU Abs. 6 Nr. 2 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.



*Einstellung der beruflichen Tätigkeit:* § 6e EU Abs. 6 Nr. 2 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

*Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren:* § 6e EU Abs. 6 Nr. 2 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

*Schwere Verfehlung:* § 6e EU Abs. 6 Nr. 3 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 6e EU Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden.

*Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen:* § 6e EU Abs. 6 Nr. 4 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die



eine  
Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.

*Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung:* § 6e EU Abs. 6 Nr. 6 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann.

*Interessenkonflikt:* § 6e EU Abs. 6 Nr. 5 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann.

*Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags:* § 6e EU Abs. 6 Nr. 7 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat.

*Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens:* § 6e EU Abs. 6 Nr. 8 VOB/A: Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung



begangen, Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen

Nachweise zu übermitteln oder 9. das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung

des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers

erheblich beeinflussen könnten oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

## 5 Los

### 5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0001

**Titel:** Ersatzneubau der Sporthalle in Warberg in Süpplingen in der Samtgemeinde Nord-Elm - Sanitärtechnik

**Beschreibung:** Die Samtgemeinde Nord-Elm beabsichtigt den Ersatzneubau einer Sporthalle in der Gemeinde Warberg.

**Interne Kennung:** a7f06cc3-25cb-496e-ae83-bd76d0f225fe

#### 5.1.1 Zweck

**Art des Auftrags:** *Bauleistung*

**Hauptklassifizierungscode (cpv):** 45331000 *Installation von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage*

#### 5.1.2 Erfüllungsort

**Ort:** Warberg

**Postleitzahl:** 38378

**NUTS-3-Code:** *Helmstedt (DE917)*

**Land:** *Deutschland*

**Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:**

#### 5.1.3 Geschätzte Dauer

**Datum des Beginns:** 22/12/2026

**Enddatum der Laufzeit:** 21/02/2028

#### 5.1.6 Allgemeine Informationen

**Vorbehaltene Teilnahme:** *Teilnahme ist nicht vorbehalten.*



*Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert*

**Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja**

**Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): nein**

#### **5.1.7 Strategische Auftragsvergabe**

**Art der strategischen Beschaffung:** *Keine strategische Beschaffung*

#### **5.1.9 Eignungskriterien**

**Quellen der Auswahlkriterien:** *Bekanntmachung*

**Kriterium:** *Eintragung in ein relevantes Berufsregister*

**Beschreibung:** Mit dem Angebot sind zur Prüfung der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung folgende

Erklärungen/Unterlagen nach Maßgabe des § 6a EU Nr. 1 VOB/A

beizufügen: - die Eintragung

in das Berufs- oder Handelsregister oder der Handwerksrolle ihres Sitzes oder Wohnsitzes.

Mit dem Angebot sind die Nachweise zu erbringen entweder durch die vom öffentlichen

Auftraggeber direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins

für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V.

(Präqualifikationsverzeichnis) oder

vorläufig entweder durch eine den Ausschreibungsunterlagen beiliegende

"Eigenerklärung

zur Eignung" (Formblatt 124), Eigenerklärung § 48 VgV und

Eigenerklärung EU Sanktionspaket.

Unternehmen aus anderen Mitgliedsstaaten oder aus ausländischen Staaten haben gleichwertige

Nachweise des Herkunftslandes in deutscher Sprache beizubringen. Auf Verlangen des

Auftraggebers sind zur Bestätigung der Eigenerklärungen vorzulegen: - Berufs- oder

Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle

(Handwerkskarte) bzw. bei

der Industrie- und Handelskammer.

**Kriterium:** *Spezifischer Jahresumsatz*

**Beschreibung:** Mit dem Angebot sind zur Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

des Bieters folgende Erklärungen/Unterlagen nach § 6a EU Nr. 2 VOB/A abzugeben: Erklärung

über den Umsatz des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten 3



abgeschlossenen  
Geschäftsjahre (2023, 2024, 2025), soweit es Bauleistungen und andere  
Leistungen betrifft,  
die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des  
Anteils  
bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen. Mit dem  
Angebot sind  
die Nachweise zu erbringen entweder durch die vom öffentlichen  
Auftraggeber direkt  
abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für die  
Präqualifikation  
von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder vorläufig  
entweder durch  
eine den Ausschreibungsunterlagen beiliegende "Eigenerklärung zur  
Eignung" (Formblatt  
124), Eigenerklärung § 48 VgV und Eigenerklärung EU Sanktionspaket.  
Unternehmen aus  
anderen Mitgliedsstaaten oder aus ausländischen Staaten haben  
gleichwertige Nachweise  
des Herkunftslandes in deutscher Sprache beizubringen. Auf Verlangen des  
Auftraggebers  
sind zur Bestätigung der Eigenerklärungen vorzulegen: Bestätigung eines  
vereidigten  
Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte  
Jahresabschlüsse oder  
entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen. Beruft sich das  
Unternehmen  
zur Erfüllung der Leistung auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die  
jeweilige  
Nummer im Präqualifikationsverzeichnis oder es sind die o. g. Erklärungen  
und Bescheinigungen  
auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Nimmt der  
Bieter im Hinblick  
auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit  
die Kapazitäten  
anderer Unternehmen in Anspruch, behält sich der Auftraggeber vor, zu  
verlangen, dass  
Bieter und diese Unternehmen gemeinsam für die Auftragsausführung  
haften. Bescheinigungen,  
die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die  
deutsche  
Sprache beizufügen.

**Kriterium:** *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

**Beschreibung:** Mit dem Angebot sind zur Prüfung der wirtschaftlichen und  
finanziellen Leistungsfähigkeit  
des Bieters folgende Erklärungen/Unterlagen nach § 6a EU Nr. 2 VOB/A



abzugeben: 1.  
Erklärung, dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich  
geregeltes  
Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung  
nicht mangels  
Masse abgelehnt wurde und sich das Unternehmen nicht in Liquidation  
befindet. 2. Falls  
zutreffend, Erklärung, dass ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.  
3. Erklärung,  
dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und  
Abgaben sowie  
der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur  
Beitragszahlung  
unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt hat. 4. Erklärung, dass das Unternehmen  
Mitglied  
der Berufsgenossenschaft ist. Mit dem Angebot sind die Nachweise zu  
erbringen entweder  
durch die vom öffentlichen Auftraggeber direkt abrufbare Eintragung in die  
allgemein  
zugängliche Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen  
e. V. (Präqualifikationsverzeichnis)  
oder vorläufig entweder durch eine den Ausschreibungsunterlagen  
beiliegende "Eigenerklärung  
zur Eignung" (Formblatt 124), Eigenerklärung § 48 VgV und  
Eigenerklärung EU Sanktionspaket.  
Unternehmen aus anderen Mitgliedsstaaten oder aus ausländischen Staaten  
haben gleichwertige  
Nachweise des Herkunftslandes in deutscher Sprache beizubringen. Auf  
Verlangen des  
Auftraggebers sind zur Bestätigung der Eigenerklärungen vorzulegen: 1.  
Falls zutreffend,  
rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan. 2. Unbedenklichkeitsbescheinigung  
der tariflichen  
Sozialkasse (soweit das Unternehmen beitragspflichtig ist), Bescheinigung  
über die  
vollständige Entrichtung der Sozialversicherungsbeiträge,  
Unbedenklichkeitsbescheinigung  
des Finanzamtes oder Bescheinigung in Steuersachen (soweit das Finanzamt  
derartige  
Bescheinigungen ausstellt) oder eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b  
EStG. 3.  
Qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des  
für das  
Unternehmen zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der  
Lohnsummen. Beruft sich  
das Unternehmen zur Erfüllung der Leistung auf die Fähigkeiten anderer  
Unternehmen,  
ist die jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis oder es sind die o.



g. Erklärungen  
und Bescheinigungen auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen  
vorzulegen. Nimmt  
der Bieter im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und  
finanzielle Leistungsfähigkeit  
die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, behält sich der  
Auftraggeber vor,  
zu verlangen, dass Bieter und diese Unternehmen gemeinsam für die  
Auftragsausführung  
haften. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist  
eine Übersetzung  
in die deutsche Sprache beizufügen.

**Kriterium:** *Referenzen zu bestimmten Arbeiten*

**Beschreibung:** Mit dem Angebot sind zur Prüfung der technischen und  
beruflichen Leistungsfähigkeit  
folgende Erklärungen/Unterlagen nach Maßgabe des § 6a EU Nr. 3 VOB/A  
beizufügen: Erklärung,  
dass das Unternehmen in den letzten bis zu 5 abgeschlossenen  
Kalenderjahren Leistungen  
ausgeführt hat, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Mit  
dem Angebot  
sind die Nachweise zu erbringen entweder durch die vom öffentlichen  
Auftraggeber direkt  
abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für die  
Präqualifikation  
von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder vorläufig  
entweder durch  
eine den Ausschreibungsunterlagen beiliegende "Eigenerklärung zur  
Eignung" (Formblatt  
124), Eigenerklärung § 48 VgV und Eigenerklärung EU Sanktionspaket.  
Unternehmen aus  
anderen Mitgliedsstaaten oder aus ausländischen Staaten haben  
gleichwertige Nachweise  
des Herkunftslandes in deutscher Sprache beizubringen. Auf Verlangen des  
Auftraggebers  
sind zur Bestätigung der Eigenerklärungen vorzulegen: Mindestens 3  
Referenzen über  
die Ausführung von Leistungen in den letzten bis zu 5 abgeschlossenen  
Kalenderjahren,  
die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, wobei für die  
wichtigsten Bauleistungen  
Bescheinigungen über die ordnungsgemäße Ausführung und das Ergebnis  
beizufügen sind.  
Beruft sich das Unternehmen zur Erfüllung der Leistung auf die Fähigkeiten  
anderer  
Unternehmen, ist die jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis



oder es sind  
die o. g. Erklärungen und Bescheinigungen auch für diese anderen  
Unternehmen auf Verlangen  
vorzulegen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind,  
ist eine  
Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

**Kriterium:** *Durchschnittliche jährliche Belegschaft*

**Beschreibung:** Mit dem Angebot sind zur Prüfung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit folgende Erklärungen/Unterlagen nach Maßgabe des § 6a EU Nr. 3 VOB/A beizufügen: Erklärung, dass dem Unternehmen die für die Ausführung der Leistung erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Mit dem Angebot sind die Nachweise zu erbringen entweder durch die vom öffentlichen Auftraggeber direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder vorläufig entweder durch eine den Ausschreibungsunterlagen beiliegende "Eigenerklärung zur Eignung" (Formblatt 124), Eigenerklärung § 48 VgV und Eigenerklärung EU Sanktionspaket. Unternehmen aus anderen Mitgliedsstaaten oder aus ausländischen Staaten haben gleichwertige Nachweise des Herkunftslandes in deutscher Sprache beizubringen. Auf Verlangen des Auftraggebers sind zur Bestätigung der Eigenerklärungen vorzulegen: Angaben über die Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischem Leitungspersonal. Beruft sich das Unternehmen zur Erfüllung der Leistung auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis oder es sind die o. g. Erklärungen und Bescheinigungen auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

**5.1.10 Zuschlagskriterien**

**Kriterium:**



**Art:** *Preis*

**Bezeichnung:** Preis

**Beschreibung:** Preis

**Kategorie des Schwellen-Zuschlagskriteriums:** *Gewichtung  
(Prozentanteil, genau)*

**Zuschlagskriterium — Zahl:** 100

#### 5.1.11 Auftragsunterlagen

**Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen:** *Deutsch*

**Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen:** 26/05/2026 23:00 +02:00

**Internetadresse der Auftragsunterlagen:** <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/df01777e-ec36-4a52-be81-341e3ab6c04d>

#### 5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

**Bedingungen für die Einreichung:**

**Elektronische Einreichung:** *Erforderlich*

**Adresse für die Einreichung:** <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/df01777e-ec36-4a52-be81-341e3ab6c04d>

**Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:** *Deutsch*

**Elektronischer Katalog:** *Nicht zulässig*

**Nebenangebote:** *Nicht zulässig*

**Die Bieter können mehrere Angebote einreichen:** *Zulässig*

**Frist für den Eingang der Angebote:** 02/06/2026 10:00 +02:00

**Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss:** 62 Tag

**Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**

*Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist nicht ausgeschlossen.*

**Zusätzliche Informationen:** Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

**Auftragsbedingungen:**



**Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten:**

*Nein*

**Elektronische Rechnungsstellung:** *Erforderlich*

**Aufträge werden elektronisch erteilt:** **ja**

**Zahlungen werden elektronisch geleistet:** **ja**

#### 5.1.15 Techniken

**Rahmenvereinbarung:**

*Keine Rahmenvereinbarung*

**Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

*Kein dynamisches Beschaffungssystem*

#### 5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

**Überprüfungsstelle:** Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

**Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:** Landkreis Helmstedt -Zentrale Vergabestelle-

**Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:** Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

## 8 Organisationen

### 8.1 ORG-0001

**Offizielle Bezeichnung:** Samtgemeinde Nord-Elm

**Identifikationsnummer:** 0738c69c-cf1d-4437-b5b4-6f0c977b6372

**Postanschrift:** Steinweg 15

**Ort:** Süplingen

**Postleitzahl:** 38373

**NUTS-3-Code:** *Helmstedt* (DE917)

**Land:** *Deutschland*

**E-Mail:** [verwaltung@samtgemeinde-nord-elm.de](mailto:verwaltung@samtgemeinde-nord-elm.de)

**Telefon:** +49 53556970

**Internet-Adresse:** <https://www.samtgemeinde-nord-elm.de/>



**Rollen dieser Organisation:**

**Beschaffer**

8.1 ORG-0002

**Offizielle Bezeichnung:** Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

**Identifikationsnummer:** 93acdf2-10dc-4533-8014-178cea642d2b

**Postanschrift:** Auf der Hude 2

**Ort:** Lüneburg

**Postleitzahl:** 21339

**NUTS-3-Code:** *Lüneburg, Landkreis* (DE935)

**Land:** *Deutschland*

**E-Mail:** vergabekammer@mw.niedersachsen.de

**Telefon:** +49 4131153306

**Fax:** +49 4131152943

**Rollen dieser Organisation:**

**Überprüfungsstelle**

**Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt**

8.1 ORG-0003

**Offizielle Bezeichnung:** Landkreis Helmstedt -Zentrale Vergabestelle-

**Identifikationsnummer:** 2553c3d6-d8cd-47fb-8e7f-5d14604ecfab

**Postanschrift:** Südertor 6

**Ort:** Helmstedt

**Postleitzahl:** 38350

**NUTS-3-Code:** *Helmstedt* (DE917)

**Land:** *Deutschland*

**E-Mail:** vergabestelle@landkreis-helmstedt.de

**Telefon:** +49 53511211259

**Internet-Adresse:** <https://www.landkreis-helmstedt.de/>



**Rollen dieser Organisation:**

**Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt**

**Informationen zur Bekanntmachung**

**Kennung/Fassung der Bekanntmachung:** 48b7c201-f4b4-4617-8932-70ce3872b93d - 01

**Formulartyp:** *Wettbewerb*

**Art der Bekanntmachung:** *Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung*

**Datum der Übermittlung der Bekanntmachung:** 29/04/2026 07:30 +02:00

**Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist:** *Deutsch*